

Die 3. Tagung der 15. Kirchensynode, die vom 17. bis 20. September 2025 in Fulda tagte, hat eine Stellungnahme für die Gemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) verabschiedet, die sich mit der Verhältnisbestimmung zwischen Staat und Kirche und aktuell brennenden Fragen unserer Gesellschaft beschäftigt. Der Synode lag dazu eine Entwurfsfassung des 15. Allgemeinen Pfarrkonvents (APK) der SELK ebenfalls aus dem Jahr 2025 vor.

Die 15. Kirchensynode legt den Gemeinden der SELK folgende Stellungnahme vor:

Verhältnis zwischen Staat und Kirche

Die lutherische Kirche betont die Unterscheidung der beiden Bereiche von Staat und Kirche. Jesus Christus betet für seine Jünger: *„Ich bitte nicht, dass du sie aus der Welt nimmst, sondern dass du sie bewahrst vor dem Bösen. Sie sind nicht von der Welt, wie auch ich nicht von der Welt bin.“* (Johannes 17,15-16). *„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“* (Johannes 18,36), sagt Jesus. Deshalb geht es in der Kirche zuerst und vor allem um die ewigen Güter, um die Verkündigung von Gesetz und Evangelium und die Sakramente. In der kirchlichen Verkündigung muss deshalb die Verkündigung des ewigen Heils durch Jesu Christi Kreuzestod und Auferstehung Vorrang haben.

Zugleich sind wir Christinnen und Christen Staatsbürger in einem Bereich, den die Heilige Schrift als „Welt“ bezeichnet. Der Apostel Petrus schreibt: *„Seid untertan aller menschlichen Ordnung um des Herrn willen, es sei dem König als dem Obersten oder den Statthaltern als denen, die von ihm gesandt sind...“* (1. Petrus 2,13-14). Deshalb heißt es im Augsburger Bekenntnis unserer Kirche: *„Das Evangelium sagt von ewigen Dingen und Gütern der Seel und lässt die Obrigkeit äußerliche Regiment fassen und halten von Leib und leiblichen Gütern und hat damit gar nichts zu tun, on¹ allein, dass es vermahnet, dass wir sollen derselbigen weltlichen Gewalt gehorsam sein.“* (CA XXVIII BSELK S. 190). Dieser biblisch geforderte Gehorsam (vgl. Römer 13,1-7) bedeutet heute, dass wir uns für den Erhalt der Demokratie in unserem Land und in Europa einsetzen und diese nicht verächtlich machen oder herabwürdigen.

Berührungspunkte in der Zuwendung zum Mitmenschen

Bei der grundsätzlichen Unterscheidung von Staat und Kirche kommt es dennoch zu Berührungspunkten zwischen den beiden Bereichen, nämlich dort wo es um schwache und hilfsbedürftige Menschen geht. Jesus Christus spricht: *„Denn ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen und ihr seid zu mir gekommen. ... Und der König wird antworten und zu ihnen sagen: Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“* (Matthäus 25,35-36+40). Wenn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 1 von den „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“ schreibt, so steht dies in Beziehung zum biblischen Menschenbild.

Erinnerung an „Mit Christus leben – Eine evangelisch-lutherische Wegweisung“

In unserer Gesellschaft beobachten wir eine zunehmende Individualisierung und Vereinzelung der Menschen. Viele Menschen treibt die Sorge um, dass die staatlichen sozialen Sicherungssysteme an den Rand ihrer Belastbarkeit kommen. Zuwanderung, Migration und Asyl sind hochbrisante

¹ Das Wort „on“ heißt „ohne“ und kann mit „außer“ wiedergegeben werden.

politische Themen geworden. Vor diesem spannungsvollen Hintergrund haben wir den Eindruck, dass die Aussagen [des Papiers] „Mit Christus leben – Eine evangelisch-lutherische Wegweisung“² aus dem Jahr 2007 ganz neu zu uns sprechen.

Politische Verantwortung übernehmen

Im Kapitel „Christsein in Staat und Gesellschaft“ heißt es: *„Lutherische Christen sollen sich für ‚der Stadt Bestes‘ (Jeremia 29,7) einsetzen und darin nach Kräften mitarbeiten. Sie sind daher gerufen, wo möglich, selbst politische und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, und respektieren und unterstützen die staatlichen Ordnungen, die das Wohl aller im Auge haben.“* (S. 34) Wir ermutigen unsere Gemeindeglieder, gerade im kommunalen Bereich, aber auch auf Landes- und Bundesebene solche Verantwortung zu übernehmen.

Das Leben ist zu schützen

Die aktuellen gesellschaftlichen Debatten in unseren Tagen fragen auch den Lebensschutz an. In „Mit Christus leben – Eine evangelisch-lutherische Wegweisung“ heißt es dazu: *„Gott ist der Schöpfer und Herr des Lebens. Er selbst ruft jeden Menschen ins Dasein als ein unverwechselbares Original.“* Vom Moment der Zeugung an bis zu seinem Ende steht das Leben unter seinem Schutz und seiner Fürsorge. *„Christen setzen sich für jedes entstehende Leben ein, insbesondere für ungeborene Kinder, deren Leben durch Abtreibung bedroht ist. Dies kann dadurch geschehen, dass sie betroffenen Müttern bzw. Familien bei materieller und anderer Not durch konkrete Hilfeleistung beistehen. Grundsätzlich setzen Christen sich für kinderfreundliche Lebensbedingungen und die Wertschätzung der Familie ein.“* (S. 36f).

Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht christlich

Zahlreiche Schriftstellen fordern auf, den Fremden im Land zu schützen. *„Die Fremdlinge sollt ihr nicht unterdrücken; denn ihr wisst um der Fremdlinge Herz, weil ihr auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen seid.“* (2. Mose 23,9). Jesus knüpft, wie oben zitiert, daran an.

Es heißt in der Wegweisung dann weiter: *„Wo die biblisch begründeten Grundrechte von Menschen durch politische Entscheidungen oder von Einzelnen verletzt werden, ist es eine wichtige christliche Aufgabe, Zuflucht, Hilfe und Unterstützung anzubieten und zu leisten. Unter Umständen kann dies auch Widerstand gegen die staatliche Gewalt beinhalten.“* (S. 35). Dies schließt für das „Christsein in Staat und Gesellschaft“ Rassismus, Antisemitismus, und politischen Extremismus von rechts oder links aus. Völkischer Nationalismus hat sich im 19. und 20. Jahrhundert stets kirchenfeindlich ausgewirkt. Deshalb gilt es solchen Ideen auch heute zu widerstehen und zu widersprechen.

(Die folgende Passage zitieren wir frei nach Erklärung der ACK BW³ zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes am 23.05.2024):

Als Kirche Jesu Christi treten wir solchen menschlichen Verirrungen und Verfehlungen entgegen. Sie sind mit dem biblischen Zeugnis nicht vereinbar und entspringen menschlicher Selbstüberschätzung.

Wir setzen die guten Gaben und Weisungen Gottes dagegen und bezeugen auf der Grundlage der Heiligen Schrift und vor dem Hintergrund erfahrener Vergebung und erlebter Versöhnung in Jesus Christus: dass Barmherzigkeit auch tiefste Wunden heilt, dass Vergebung und Versöhnung aus Schuld und Verstrickung befreien, dass Wahrhaftigkeit und Verantwortung neue Wege eröffnen, dass die Bereitschaft zu Aufnahme und Annahme neue Gemeinschaft ermöglicht, dass Dialog neue Möglichkeiten und Perspektiven erschließt, dass Mitmenschlichkeit unsere christliche Bestimmung

² „Mit Christus leben“ wurde nach Beratung auf dem Allgemeinen Pfarrkonvent von der 11. Kirchensynode 2007 verabschiedet.

³ Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg

ist – und Liebe das Gebot Gottes für uns.

Wir sagen Ja zur Liebe Gottes und zur Nächstenliebe und Nein zum Hass. Wir achten die Menschenwürde und die Grundrechte eines jeden Menschen, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert sind. Wir setzen uns ein für Verständigung und Respekt. Wir beten um weite Herzen und wache Augen, um offene Ohren und ausgestreckte Hände.

Fulda 19.09.2025, 15. Kirchensynode der SELK